

# Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(485.) Protokoll über die Jahresmitgliederversammlung am 13. März 2009

Anwesend: **Armgart**, Dr. Martin, Speyer; **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Barth**, Dr. Ulrich, Basel; **Bensit**, Marcel, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Bräunche**, Dr. Ernst Otto, Karlsruhe; **Braungardt**, Kurt, Karlsruhe; **Cämmerer**, Dr. Bernhard, Karlsruhe; **Dörr**, Oskar, Marxzell; **Drollinger**, Dr. Kuno, Karlsruhe; **Engehausen**, Prof. Dr. Frank, Heidelberg; **Fahrenbruch**, Rainer, Karlsruhe; **Feldhaus**, Friedhelm, Rastatt; **Fischer**, Christine, Karlsruhe; **Fischer**, Dr. Detlev, Karlsruhe; **Fischer**, Michael, Karlsruhe; **Fritz**, Erika, Bruchsal; **Furtwängler**, Dr. Martin, Karlsruhe; **Gartner**, Mechthild, Karlsruhe; **Geck**, Dr. Wolf, Ettlingen; **Giorgio Di**, G. Karlsruhe; **Gutjahr**, Rainer, Karlsruhe; **Hennl**, Rainer, Karlsruhe; **Herrbach-Schmidt**, Dr. Brigitte, Karlsruhe; **Hestermann**, Gerda, Karlsruhe; **Hestermann**, Gerhard, Karlsruhe; **Kirchner**, Dr. Hildebert, Karlsruhe; **Kohlmann**, Richard, Karlsruhe; **Kremer**, Hans-Jürgen, Hagenbach; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Krüger**, Prof. Dr. Jürgen, Karlsruhe; **Laubscher**, Rosemarie, Wörth; **Matz**, Prof. Dr. Klaus-Jürgen, Karlsruhe; **Oesterle**, Dr. Klaus, Karlsruhe; **Peltzer**, Dr. Jörg, Heidelberg; **Pfanz-Sponagel**, Dr. Christiane, Frankenthal; **Pohl**, Dr. Monika, Karlsruhe; **Roellecke**, Prof. Dr. Gerd, Karlsruhe; **Roellecke**, Elga, Karlsruhe; **Sänger**, Oliver, Karlsruhe; **Schach**, Gerlinde, Karlsruhe; **Schillinger**, Erich, Karlsruhe; **Schmidgall**, Markus, Karlsruhe; **Schmidt**, Dr. Rüdiger, Karlsruhe; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe; **Seiler**, Prof. Dr. Gerhard, Karlsruhe; **Staudt**, Hedwig, Karlsruhe; **Stichs**, Werner, Karlsruhe; **Strauß**, Michael, Freiburg; **Weis**, Jürgen, Ostfildern; **Wennemuth**, Dr. Udo, Heidelberg; **Wüst**, Gabriele, Rastatt.

Vortrag von

**Prof. Dr. Frank Engehausen**, Heidelberg

über

## **Die Anfänge der Sozialdemokraten im badischen Landtag 1891-1904: Zur Vorgeschichte des Großblocks**

Die Reichsgründung 1871 bedeutete für die politischen Organe in Baden einen beträchtlichen Einflussverlust. Die wichtigen Entscheidungen wurden fortan in Berlin getroffen. Damit endeten die Zeiten, in denen die politisch interessierte Öffentlichkeit in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklungen in Karlsruhe beobachtete, wie sie dies in den Zeiten des Vormärz, in der Anfangsphase der Revolution von 1848 oder in den 1860er Jahren während der Neuen Ära regelmäßig getan hatte. Eine gewisse Resonanz über die Landesgrenzen hinaus fand in den 1870er Jahren noch der badische Kulturkampf wegen seines Vorbildcharakters für

die Kontroversen Bismarcks mit den preußischen Katholiken; danach aber gab es in der badischen Landespolitik kaum noch Ereignisse mit reichsweiter Ausstrahlung.

Eine markante Ausnahme stellte im Jahr 1905 die Bildung des so genannten Großblocks dar – eines Stichwahlbündnisses, das die Sozialdemokraten mit den Linksliberalen und den Nationalliberalen abschlossen, als sich nach dem ersten Wahlgang bei der Landtagsneuwahl eine Mehrheit von Zentrum und Konservativen abzeichnete, die einen Umsturz der Parteiverhältnisse im traditionell liberalen Baden bedeutet hätte. Aufsehen erregte nicht so sehr die Wirksamkeit des Stichwahlbündnisses – es gelang den beteiligten Parteien, die Zentrumspartei im zweiten Wahlgang zurückzudrängen –, sondern die Tatsache, dass es überhaupt geschlossen wurde. Auf Reichsebene nämlich wäre eine partielle Kooperation von Nationalliberalen und Sozialdemokraten undenkbar gewesen: Ein nationalliberaler Parteiführer außerhalb Badens, der die Parteimitglieder dazu aufgefordert hätte, in mehreren Wahlkreisen für die als Reichsfeinde stigmatisierten Sozialdemokraten zu stimmen, hätte damit wohl sein eigenes politisches Todesurteil unterzeichnet, und auch aus sozialdemokratischer Sicht haftete dem Wahlbündnis etwas Irreales an, da die Nationalliberalen ihrem Selbstverständnis nach die festeste Stütze des politischen Systems waren, dessen revolutionäre Überwindung das Fernziel der SPD war.

Der badische Großblock fand unterschiedliche Resonanz. In der Mitte und auf der rechten Seite des politischen Spektrums, aber auch bei Teilen der Linken, wurde er als Beleg für den Verfall der politischen Sitten gewertet, als eine verhängnisvolle Preisgabe politischer Prinzipien zugunsten kurzfristiger Wahlziele. Insbesondere im linksliberalen Lager gab es jedoch Zustimmung: Hier wurde der Großblock als eine Pionierleistung wahrgenommen, die Modellcharakter für eine mittelfristige Umformung des Parteiensystems auf Reichsebene haben konnte: für einen Brückenschlag vom nationalliberalen Parteiführer Ernst Bassermann zu dessen sozialdemokratischem Pendant August Bebel, der das Ende der Zwangslage der Liberalen im Reichstag zwischen Konservativen und Zentrum bedeutet hätte. Aus ähnlicher Perspektive hat auch die historische Forschung dem Großblock gelegentlich Aufmerksamkeit geschenkt: Als ein Indikator für das Modernisierungspotential des politischen Systems kann er eine wichtige Rolle bei den kontrafaktischen Überlegungen spielen, wie sich das Kaiserreich entwickelt hätte, wenn der Erste Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre.

Das Feld solcher Spekulationen werde ich heute nicht betreten, und ich werde im Folgenden auch nicht auf die unmittelbare Entstehungsgeschichte des Großblocks eingehen – auch wenn

dort durchaus noch manche kleine Rätsel zu lösen wären, zum Beispiel die Frage nach dem Anteil der badischen Regierung am Zustandekommen des Wahlbündnisses. Ich möchte stattdessen einen der Bündnispartner etwas näher betrachten und der Frage nachgehen, inwiefern die Sozialdemokraten durch ihre politische Arbeit im badischen Landtag auf das Experiment des Großblocks vorbereitet waren und ob bei ihrer Kooperation mit den Nationalliberalen Kontinuitäten mit ihren vorherigen politischen Strategien bestanden.

Die Sozialdemokraten fassten in Baden wegen der besonderen Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Großherzogtums vergleichsweise spät Fuß und waren noch kaum landesweit präsent, als 1878 das Sozialistengesetz ihre Organisationsansätze unterbrach. Sie reagierten auf das Ausnahmegesetz in einem breiten Spektrum von Verhaltensweisen: Resignation und politische Enthaltensamkeit, Ausnutzung der verbliebenen Handlungsmöglichkeiten durch die Teilnahme an Wahlen und Fortsetzung der Parteiarbeit in der Illegalität. Die Parteiarbeit in konspirativen Zirkeln und Tarnorganisationen wurde zwar durch Verhaftungen und andere Zwangsmaßnahmen immer wieder behindert, aber doch so effektiv fortgesetzt, dass die badischen Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1881 ihren Widerstandswillen demonstrieren und drei Jahre später sogar erhebliche Stimmengewinne erzielen konnten. Dabei gelangen die größten Erfolge im Wahlkreis Mannheim: August Dreesbach erreichte hier 1884 knapp 30 Prozent der Stimmen. Eine größere Anhängerschaft behielt die Partei auch in Karlsruhe und Pforzheim, und ein neues lokales Zentrum bildete sich in Offenburg, wo eine Gruppe von Demokraten um Adolf Geck zur Sozialdemokratie konvertierte und eine Parteiorganisation aufbaute, die 1886 als Arbeiterwahlverein erstmals in Erscheinung trat.

In den Reichstagswahlkämpfen der 1880er Jahre hatte für die badischen Sozialdemokraten die Forderung nach Aufhebung des Sozialistengesetzes Priorität. Damit war auch die Wahltaktik vorherbestimmt: Als Gegner des Ausnahmegesetzes wurden nicht nur Demokraten unterstützt, sondern auch Kandidaten der Zentrumspartei. Dass Sozialdemokraten in Einzelfällen auch bei den Landtagswahlen diese beiden Parteien gewählt haben, ist zu vermuten, lässt sich aber nicht belegen, da sie aus Protest gegen das indirekte Wahlverfahren bei den Kammerwahlen nicht in Erscheinung traten: Lediglich 1885 stellten sie mit einem Teil der Demokraten in Mannheim eine gemeinsame Wahlmännerliste auf, verfehlten aber das für Dreesbach erhoffte Mandat deutlich. Ein Aufschwung wurde den Sozialdemokraten im Großherzogtum bereits vor dem formellen Ende des Sozialistengesetzes möglich, weil der badische Staatsminister Ludwig Turban wegen der Unentschlossenheit, die in Berlin hinsichtlich der Verlängerung des Ausnahmegesetzes herrschte, Mitte Oktober 1889 in einem Erlass die Behörden aufforderte,

die Versammlungsverbotspraxis zu mildern: Noch im gleichen Monat fand in Offenburg ein als Badischer Arbeitertag deklariertes erstes sozialdemokratisches Landesparteitag statt, an dem 256 Delegierte teilnahmen – dies zeigte nachdrücklich, dass die badische Arbeiterbewegung nach elf Jahren unter dem Sozialistengesetz stärker war als je zuvor.

Unter dem Eindruck des guten Wahlergebnisses bei den Reichstagswahlen im Frühjahr 1890 – Dreesbach setzte sich in Mannheim in der Stichwahl durch und auch in einigen anderen Wahlkreisen konnten erhebliche Stimmengewinne erzielt werden – entschlossen sich die badischen Sozialdemokraten, im folgenden Jahr auch an den Wahlen zur Zweiten Kammer teilzunehmen. Auf die Möglichkeit, die Erfolgsaussichten unter dem indirekten Wahlverfahren durch flächendeckende Zählkandidaturen zu sondieren, verzichtete man und konzentrierte sich auf die Hochburgen: Während Geck in Pforzheim weniger als ein Viertel der Wahlmännerstimmen erhielt, setzten sich in Mannheim Dreesbach und Philipp August Rüdts dank demokratisch-freisinniger Unterstützung durch. In der Zweiten Kammer konnten die beiden 1891/92 nur wenig Einfluss nehmen, da die Nationalliberalen immer noch über die absolute Mehrheit der Mandate verfügten. Das Verhalten Dreesbachs und Rüdts in der Kammer fand in der Öffentlichkeit trotzdem große Beachtung, wohl vor allem, weil sie als potentielle Unruhestifter galten. Größere Provokationen blieben allerdings aus, wenngleich beide Abgeordnete im Verlauf der Session mehrfach ihre grundsätzliche Gegnerschaft zu der bestehenden politischen Ordnung demonstrierten: durch das Verlassen des Sitzungssaals beim Hoch auf den Großherzog anlässlich der Landtagseröffnung und bei der Abstimmung über die Finanzierung des Neubaus eines erbgroßherzoglichen Palais in Karlsruhe oder durch ihre Weigerung, an einem parlamentarischen Diner des Staatsministers teilzunehmen.

Der Kuriositätenstatus, den Rüdts und Dreesbach im Landtag zunächst innehatten, verblasste schon 1893, als die Partei durch Philipp Stegmüller in Lörrach ein drittes Mandat gewann, denn mit dem Ende der absoluten Mehrheit der Nationalliberalen in der Zweiten Kammer kam der kleinen sozialdemokratischen Fraktion bei Abstimmungen nun mitunter eine wichtige Rolle zu. Dabei erwies es sich als Handicap, dass die badischen Sozialdemokraten sich nur nebenher auf ihren Eintritt in den Landtag vorbereitet und darauf verzichtet hatten, ausführlich darüber zu diskutieren, wie die Grundsätze, die bei der programmatischen Neuorientierung auf dem Parteitag in Erfurt 1891 für die gesamte Partei festgestellt worden waren, auf die besonderen Verhältnisse der badischen Landespolitik anzuwenden seien. Zum Fallstrick wurde den drei Abgeordneten der Kulturkampf, der sich auf dem Landtag 1893/94 an der Frage der vom Zentrum beantragten Zulassung von Orden und Missionen im Großherzogtum entzündete.

Während Dreesbach und Stegmüller das Zentrum unterstützten, weil sie in den Verboten einen unzulässigen Eingriff des Staates in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche sahen, brachte Rüdts einen Änderungsantrag ein, demzufolge die Orden zwar zugelassen, aber explizit dem allgemeinen Vereinsrecht unterworfen werden sollten. Die materielle Substanz dieses Antrags war gering; Rüdts war allerdings offenkundig so sehr an einer antikirchlichen Demonstration gelegen, dass er ein gespaltenes Votum seiner Fraktion riskierte. Dass der Vorfall nicht nur die Ungeschicklichkeit der sozialdemokratischen Parlamentsnovizen zum Ausdruck brachte, sondern die Rivalität der einander auch persönlich unverträglichen Dreesbach und Rüdts um die Führung der Fraktion, zeigte sich in den folgenden Wochen in publizistischen Kontroversen: Während der „Volksfreund“, das in Offenburg erscheinende und von dem Landesvorsitzenden Geck geleitete Parteiblatt, Rüdts sekundierte, stellte sich die zweite Parteizeitung, die Mannheimer „Volksstimme“, auf die Seite Dreesbachs.

In den Streit zwischen Dreesbach, Rüdts und Geck wurde auch Stegmüller hineingezogen, weil er im weiteren Verlauf der Landtagssession aus Gefälligkeit gegenüber seinen Wählern die Auszahlung bereits bewilligter Gelder für einen Kirchenbau in Lörrach angemahnt hatte – dies war ein eklatanter Verstoß gegen die Parteigrundsätze, die die strikte Trennung von Staat und Kirche vorsahen. Die Streitigkeiten wurden auf dem Landesparteitag 1894 nicht beigelegt, auf dem Dreesbach mit dem Versuch scheiterte, eine Maßregelung Rüdts zu bewirken. Er suchte daraufhin die Unterstützung der Gesamtpartei, die sich auf ihrem Frankfurter Parteitag im Oktober 1894 mit den badischen Konflikten befasste. Die Mannheimer Sozialdemokraten beantragten dort Missbilligungsvoten gegen Rüdts wegen seiner Haltung in der Ordensfrage und gegen Geck wegen seiner Angriffe im „Volksfreund“. Während sich Geck bemühte, den Konflikt als persönliche Streitigkeiten der Landtagsabgeordneten zu bagatellisieren, war in Rüdts Verteidigungsrede deutlich zu erkennen, dass der Kontroverse auch gravierende Meinungsverschiedenheiten über die landespolitische Strategie der Partei zugrunde lagen: Wenn er „vor die Wahl zwischen einem Ultramontanen und einem Nationalliberalen gestellt werde, so ziehe er doch noch den Nationalliberalen vor; während der erstere noch tief im finsternen Mittelalter steckt, lebt der andere wenigstens in der modernen Zeit“, meinte Rüdts und stellte damit den konsequent antinationalliberalen Kurs in Frage, der den badischen Sozialdemokraten sowohl bei den Reichstags- als auch bei den Landtagswahlen Erfolge beschert hatte.

Wie von Dreesbach und seinen Mannheimer Anhängern gewünscht, nahm der Parteitag ein Richteramt in den badischen Parteistreitigkeiten wahr: Rüdts wurde mit einem Missbilligungs-

votum bedacht, weil sein Verhalten in der Ordensfrage „den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei“ nicht entspreche, darüber hinaus wurde aber festgestellt, dass auch Dreesbach und Geck „ein vollgerütteltes Maß“ der Schuld treffe. Am härtesten war das Urteil über Stegmüller, den die Kommission, die die Beschlüsse vorbereitet hatte, für ungeeignet erklären wollte, „ein parlamentarisches Mandat im Namen der sozialdemokratischen Partei auszuüben“. Das Parteitagssplenium wurde dann aber durch einen Änderungsantrag des bayerischen Parteiführers Georg von Vollmar milde gestimmt und beließ es bei einem entschiedenen Tadel für Stegmüller.

Die Missbilligungsvoten gegen den Landesvorsitzenden und die drei Landtagsabgeordneten führten nicht zur Beilegung des Streits in der Landesorganisation: Rüdts hatte auf dem Frankfurter Parteitag der Urteilsverkündung nicht mehr beigewohnt und danach offen gelassen, ob er sich weiterhin als der SPD zugehörig betrachte. Solidaritätserklärungen von Sozialdemokraten vor allem in Pforzheim, aber auch in Lörrach und Konstanz, die gegen den Parteitagsbeschluss protestierten und eine erneute Prüfung der „Affäre Rüdts“ forderten, veranlassten ihn dazu, das Feld nicht kampfflos zu räumen. So setzten sich die Diskussionen über Rüdts und Dreesbach im Frühjahr 1895 fort und paralyisierten die Landespartei weitgehend. Auf einem Landesparteitag Mitte April konnten die tiefen Gräben nicht überbrückt werden, obwohl sich August Bebel persönlich nach Lahr bemühte, um die drohende Spaltung der badischen Sozialdemokraten zu verhindern. Mehr als eine Feuerpause wurde nicht erzielt und deshalb erneut ein Urteil der Gesamtpartei nötig, das im Oktober in Breslau erfolgte: Dort billigte eine große Mehrheit der Delegierten einen von Mannheimer Genossen eingebrachten Antrag auf Parteiausschluss Rüdts.

Dieser zweite Eingriff der Gesamtpartei in die badischen Streitigkeiten war insofern erfolgreich, als zwar einige Anhänger Rüdts in Pforzheim, Karlsruhe und Mannheim aus der Partei austraten, aber eine Spaltung der Landesorganisation ausblieb; Geck hatte schon zuvor zu einer Milderung der Spannungen beigetragen, indem er als Landesvorsitzender zugunsten des in dem Konflikt weniger exponierten Freiburger Parteiführers Johann Friedrich Haug zurückgetreten war. Wie sehr der innerparteiliche Streit den Aufschwung beeinträchtigt hatte, den die badische SPD in den ersten Jahren nach dem Ende des Sozialistengesetzes hatte verzeichnen können, zeigten dann allerdings die Landtagswahlen am Jahresende 1895: Zwar konnten die beiden Mannheimer Mandate behauptet werden – an die Stelle Rüdts trat der spätere Landesvorsitzende und badische Staatspräsident Anton Geiß –, neue Wahlbezirke wurden aber nicht gewonnen, wobei insbesondere Geck in Karlsruhe ein schlechtes Ergebnis

erzielte. Viel war in der Zweiten Kammer unter diesen Vorzeichen für Dreesbach und Geiß nicht zu bewirken, denen sich Stegmüller als Hospitant der sozialdemokratischen Fraktion anschloss.

1897 verstärkten die badischen Sozialdemokraten die Bemühungen, ihre Stellung im Landtag zu verbessern, und schlossen zu diesem Zweck ein formelles Wahlbündnis mit den Demokraten in Karlsruhe ab. Durch die Aufstellung gemeinsamer Wahlmännerlisten und Kooperation im Wahlkampf gelang es, die drei bisher nationalliberalen Mandate zu gewinnen, von denen zwei an die SPD (Geck und August Schaier) und eines an die Demokraten fielen. Die Kehrseite des Erfolges war allerdings erneute Unruhe in der Partei, da das Wahlbündnis ein taktisches Lavieren bedingte, das offenkundig zahlreiche Mitglieder irritierte: In Offenburg zum Beispiel wurde der Wahlkampf in Konfrontation mit den Demokraten geführt, während man in Karlsruhe mit ihnen gemeinsame Veranstaltungen abhielt. Auch wurde von den Sozialdemokraten in der Residenz, wo man auf Unterstützung des Wahlbündnisses durch Zentrumswähler hoffte, ein vom Landesvorstand herausgegebenes Flugblatt, das die Religion zur Privatsache erklärte, für nicht nützlich erachtet und folglich im Wahlkampf nicht verwendet.

Selbst Wilhelm Kolb, der maßgeblich am Abschluss des Wahlbündnisses beteiligt gewesen war, war nach den Erfahrungen des Wahlkampfs nicht mehr gewillt, eine solche Aktion zu wiederholen: Bündnisse mit bürgerlichen Parteien bürten die „Gefahr der Demoralisation“, auch komme man bei „solchen Kompromißwahlkämpfen ... über allgemeine Redensarten kaum hinaus“ und verzichte damit auf wirksame Propaganda, schrieb er 1898 in einem Beitrag für „Die Neue Zeit“, in der die führenden Köpfe der Partei in diesen Monaten über die Beteiligung der SPD an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus stritten. Auf der Grundlage der badischen Erfahrungen warnte Kolb die norddeutschen Genossen vor dem Abschluss formeller Wahlbündnisse und stellte zugleich für die nächsten Wahlen in Karlsruhe allenfalls ein lockeres Kooperationsmodell in Aussicht, das die Bewegungsfreiheit der Sozialdemokraten sichern sollte.

Die Zusammenarbeit mit den Demokraten oder auch dem Zentrum für die Zukunft kategorisch abzulehnen, schien vor allem deshalb nicht geboten, weil sich 1897 gezeigt hatte, dass es der SPD schwer fiel, bei den Landtagswahlen aus eigener Kraft Erfolge zu erzielen: Neben dem Wahlsieg in Karlsruhe konnte lediglich das dritte, bisher nationalliberale Mandat in Mannheim gewonnen werden, während man in den aussichtsreichen Wahlbezirken Offenburg und Pforzheim ebenso unterlag wie in Lörrach, wo der Landesvorsitzende Haug das Mandat

Stegmüllers nicht für die SPD behaupten konnte. Immerhin gehörte der nun fünfköpfigen Landtagsfraktion jetzt mit Geck eine weitere profilierte Führungspersönlichkeit an, die geeignet war, die Lethargie der Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer zu beenden.

Unruhe verbreitete Geck dann allerdings nicht in erster Linie im Landtag, sondern innerhalb der eigenen Partei, die schon seit geraumer Zeit ihre Pressearbeit zu verbessern bemüht war und in diesem Zusammenhang über die Verlegung des „Volksfreunds“ von Offenburg nach Karlsruhe diskutierte. Zwar schien es plausibel, das Parteiblatt für Mittel- und Südbaden am politischen Hauptort des Großherzogtums herauszugeben; das Projekt verzögerte sich aber, weil Geck als Besitzer des „Volksfreunds“ Redaktion und Druckerei zunächst nicht aus seinem Heimatort in die Residenz verlegen wollte. Im Frühjahr 1898 erklärte sich Geck zu einem Arrangement bereit, das die Überführung des künftig in Karlsruhe erscheinenden „Volksfreunds“ in Parteieigentum vorsah und ihm die Druckrechte für zehn Jahre sicherte. Geck unterschrieb einen entsprechenden Vertrag, zog seine Zustimmung aber zurück, als er merkte, dass ihm anders als noch in einem Vertragsentwurf nicht die Leitung des Blattes, sondern nur ein Mitwirken in der Redaktion garantiert wurde. In der Überzeugung, er sei arglistig getäuscht worden, um seine Stellung als tonangebender Publizist zu erschüttern, bemühte sich Geck am Jahresende 1898 um Unterstützung durch den Landesparteitag, kapitulierte aber dann und verkaufte den Verlag des „Volksfreunds“ an die Partei, die ihn seit April 1899 in Karlsruhe herausgab.

Abgesehen von den erneut die Parteiarbeit beeinträchtigenden persönlichen Zerwürfnissen hatte der Besitzwechsel „Volksfreunds“ auch insofern politische Auswirkungen, als die Zeitung nach dem Ausscheiden Gecks in ein neues ideologisches Fahrwasser geriet. Unterstützt durch Kolb als Redakteur für den Karlsruher Lokalteil, leitete nun Anton Fendrich den „Volksfreund“ und nutzte seinen Einfluss, um die badischen Sozialdemokraten mit den Anschauungen Eduard Bernsteins vertraut zu machen. Er ließ seit Ende April 1899 Auszüge aus Bernsteins gerade erschienener Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ im „Volksfreund“ abdrucken und verfasste selbst in den folgenden Wochen mehrere Beiträge zum sich verschärfenden Revisionismusstreit, wobei sein Hauptinteresse nicht den ideologischen Grundsatzfragen, sondern den praktischen Implikationen von Bernsteins Ausführungen galt: insbesondere der Kooperation der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien zur Durchsetzung begrenzter Reformziele, die in einem positiveren Lichte erschienen, wenn man wie Bernstein den Glauben an einen „in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft“ aufgegeben hatte.



Sei es weil Fendrichs Haltung im Revisionismusstreit einen willkommenen Anlass bot, sei es weil die persönlichen Animositäten tatsächlich durch ideologische Fragen überhört wurden, lancierten Geck und der Landesvorsitzende Haug auf dem badischen Parteitag in Offenburg im Februar 1900 einen Antrag, Fendrich und Kolb als Redakteure zu entlassen. Dieses Vorhaben misslang, nicht zuletzt wohl, weil Fendrich inzwischen nicht mehr nur ein von der Partei angestellter Redakteur war, sondern bei den Landtagswahlen am Jahresende 1899 im Wahlbezirk Durlach in die Zweite Kammer gewählt worden war. Da auch eines der beiden Pforzheimer Mandate gewonnen wurde und die Mannheimer Abgeordneten sich erneut durchsetzten, vergrößerte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion von fünf auf sieben Mitglieder, während gleichzeitig die Nationalliberalen als Hauptkontrahenten das schlechteste Landtagswahlergebnis seit ihrer Parteigründung hinnehmen mussten. Die von den Sozialdemokraten auf einer Durlacher Landtagswahlkonferenz im Juli 1899 vereinbarte Strategie – eigene Kandidaturen nur in wenigen aussichtsreichen Wahlbezirken und andernorts Unterstützung der bürgerlichen Oppositionsparteien – schien sich also zu bewähren.

Um so erstaunlicher mutet es an, dass Geck in der nächsten Etappe seines Kampfes gegen seine innerparteilichen Kontrahenten gerade die Landtagswahltaktik zum Anlass nahm, die badische Landesorganisation erneut vor dem Forum der Gesamtpartei zu diskreditieren: Auf dem Mainzer Parteitag im September 1900 brachte er ein Flugblatt in Umlauf, das über das Karlsruher Wahlbündnis von 1897 und die Schwierigkeiten berichtete, die sich damals für die badischen Sozialdemokraten ergeben hatten. Geck gab vor, die badischen Streitigkeiten nicht ausbreiten zu wollen, und erklärte zum Zweck des Flugblattes lediglich die Warnung der Genossen anderer Länder vor der Wiederholung dessen, was damals innerhalb „der Grenzen unseres badischen Probir- und Musterländles“ geschehen sei: „Wir haben aus Opportunität oder aus Mangel einer richtigen Ueberlegung im Drange der Verhältnisse Dinge gethan, die unsere Prinzipienreinheit getrübt haben“. Da er aber nicht nur eigene Sünden bekannte und seine Gegenspieler Fendrich und Kolb in dem Flugblatt namentlich nannte, ohne sie vorher informiert zu haben, entspann sich ein heftiges Gezänk der badischen Genossen, das in der Geschichte der von einer ausgeprägten Streitkultur gekennzeichneten sozialdemokratischen Parteitage seinesgleichen sucht.

Abgesehen von einer Schädigung des kollektiven Renommees der badischen Partei durch den öffentlich ausgetragenen Hader hatte der Mainzer Parteitag für die Landespolitik keine gravierenden Konsequenzen, da die Beschlüsse, die dort bezüglich der Beteiligung an Landtagswahlen getroffen wurden, die Wiederholung der Wahltaktik von 1899 möglich

machten. Ob die badischen Sozialdemokraten eine restriktivere Resolution zur Wahltaktik überhaupt beachtet hätten, steht dahin, denn in diesen Monaten demonstrierten sie in einer anderen strittigen Frage, dass sie die Anwendung der sozialistischen Theorie auf die politische Praxis eigenständig vorzunehmen bereit waren, auch wenn deshalb Konflikte mit der Gesamtpartei drohten. So bewilligte die Fraktion am Ende der Landtagsession 1899/1900, die mit Ausnahme der Wahlrechtsdebatten überwiegend konfliktarm verlaufen war, das Budget und setzte sich damit in Widerspruch zu den Gepflogenheiten sozialdemokratischer Parlamentarier, die üblicherweise durch die Ablehnung des Budgets ihre grundsätzliche Gegnerschaft zum kapitalistischen Klassenstaat und seiner politischen Ordnung demonstrierten.

Zumindest Fendrich wollte nicht verschämt gegen die Parteidoktrin sündigen, sondern zog den Blick der Öffentlichkeit auf das Verhalten der Kammerfraktion, indem er in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Budgetbewilligung der badischen Genossen begründete und auch in einem von ihm zusammengestellten Rechenschaftsbericht der Fraktion diese Frage detailliert behandelte: Eine schablonenhafte Budgetverweigerung verliere jede Wirkung, „und die Partei eines Landtags, der keine Militärausgaben zu bewilligen, sondern eigentlich nur die Verwaltungsmaschinerie in Gang zu halten hat, kommt durch stereotype Anwendung dieses Mittels in Gefahr, nicht mehr ernst genommen zu werden“. Bedroht werde die Glaubwürdigkeit der Fraktion vor allem, wenn sie in den Einzelabstimmungen den weit überwiegenden Teil des Haushalts billige, um dann bei der Schlußabstimmung aus doktrinären Gründen das Budget als Ganzes abzulehnen. Fendrich wusste, dass er mit diesen Ausführungen massiven Protest innerhalb der Gesamtpartei provozieren würde, zeigte sich aber im Blick auf die Parteigeschichte, in der er zahlreiche Beispiele für die Preisgabe doktrinärer Standpunkte zugunsten politischer Einflussmöglichkeiten erkannte, optimistisch: „Die Furcht, durch praktisches Mitthun an prinzipiellem Halt einzubüßen, ist jedesmal überwunden worden und so wird es auch mit der Frage der Budgetbewilligung sein“.

Dass diese Furcht von der Gesamtpartei allenfalls mittelfristig werde überwunden werden können, deutete sich schon im Vorfeld des im September 1901 in Lübeck abgehaltenen Parteitags an, zum Beispiel in den Bemühungen Rosa Luxemburgs, die Partei gegen die badischen Budgetbewilliger zu mobilisieren: In einem Aufsatz in der „Neuen Zeit“ ging sie mit Fendrich und seinen Fraktionskollegen hart ins Gericht und bezichtigte sie der „Kleinkrämerei und Inkonsequenz, der Verleugnung der elementarsten Begriffe der Sozialdemokratie“. Fendrichs Rechtfertigungsbemühungen verärgerten indes nicht nur die Parteilinke, sondern

erregten Unmut auch bei gemäßigeren Sozialdemokraten wie dem österreichischen Parteiführer Victor Adler, der sich in einem Brief an Karl Kautsky empörte: „Wenn solche Schweinereien gedruckt werden können, hört sich einfach alles auf“. Bebel witterte gar ein gemeinsames Komplott der badischen Budgetbewilliger und der Revisionisten, da Bernstein „unter Fendrichs Protektion“ ein Mandat als Parteitagsdelegierter „im verrottetsten Nest Deutschlands in Karlsruhe“ erhalten hatte. Entsprechend hart waren dann in Lübeck die Attacken auf die badische Landtagsfraktion.

Die Rolle des Hauptanklägers übernahm Bebel selbst und richtete das Augenmerk auf die politischen Zustände in Baden, die von Fendrich völlig falsch eingeschätzt würden: In Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht seien die Zustände im Großherzogtum „so schlecht wie in irgend einem anderen Lande“; unter den deutschen Fürsten sei es „neben dem Kaiser der Großherzog von Baden, der bei jeder Gelegenheit in der schärfsten Weise sich gegen die Sozialdemokratie ausspricht“; vor allem aber sei in Baden die sozialdemokratische Kardinalforderung der Demokratisierung des Landtagswahlrechts noch nicht erfüllt, was als Grund allein schon ausreichend sei, um das Budget abzulehnen. Als hielte er die sachlichen Argumente gegen die Budgetbewilligung nicht für ausreichend, diskreditierte Bebel dann die badischen Genossen auch noch persönlich und führte den Parteitagsdelegierten zahlreiche „kompromittierende Vorgänge“ vor, die ihm – vermutlich von Geck – zugetragen worden waren: die Teilnahme des Landtagsabgeordneten Schaier an einem Bankett zu Ehren des nationalliberalen Karlsruher Oberbürgermeisters und „Hauptsozialistenfressers“ Karl Schnetzler oder das Plädoyer des Parteiredakteurs Kolb, überflüssigen Programmballast, wie zum Beispiel die Forderung nach Einführung des Frauenwahlrechts, über Bord zu werfen.

Inwieweit die heftigen Angriffe auf dem Lübecker Parteitag das schlechte Abschneiden der badischen Sozialdemokraten bei den wenige Wochen später abgehaltenen Landtagswahlen verursachten, ist schwierig abzuschätzen. Vermutlich bedingten jedoch hauptsächlich die innerbadischen Verhältnisse den Rückgang der Fraktion von sieben auf sechs Mitglieder – der Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“ Emil Eichhorn gewann zwar im Ämterwahlbezirk Pforzheim ein neues Mandat für die Partei, aber die beiden Karlsruher Mandate konnten nicht gehalten werden, weil die Zentrumswähler, die vier Jahre zuvor den Sieg des demokratisch-sozialdemokratischen Wahlbündnisses ermöglicht hatten, dieses Mal in der Residenz nicht oppositionell stimmten. Eine Überraschung bedeutete dies für die SPD nicht, denn Fendrich hatte schon einige Monate zuvor in dem Landtagshandbuch der Fraktion „auf Anzeichen einer beginnenden Veränderung in der politischen Konstellation“ im Großherzogtum hingewiesen,

die vor allem vom Zentrum ausgehe: Seit den Wahlen von 1899, bei denen die SPD stärker als das Zentrum von den nationalliberalen Verlusten profitiert hatte, stellten einige versöhnliche Naturen im Zentrum Überlegungen an, die bisherige Oppositionstaktik aufzugeben.

Mochte die sich andeutende Rechtswendung der Zentrumspartei auch die Wahlaussichten der SPD beeinträchtigen, so milderte der Rückzug in eine Frontstellung gegen beide große bürgerliche Parteien doch andererseits die Spannungen innerhalb der Landesorganisation, so dass die Nachwehen des Lübecker Parteitags milde blieben. Daran änderte auch eine weitere Intervention Bebels nichts, der sich Anfang Februar 1902 auf dem badischen Landesparteitag in Offenburg einfand, aber mit seinem Versuch scheiterte, die Delegierten gegen Fendrich, Kolb und Dreesbach zu mobilisieren. Neben dem offenkundig nur begrenzten Interesse der Parteitagmehrheit an den Streitigkeiten über das Spannungsverhältnis von politischen Prinzipien und taktischen Erfordernissen trug zum Misserfolg der Anstrengungen Bebels wohl auch der Umstand bei, dass sein Hauptgewährsmann für die badischen Angelegenheiten, Geck, nach seinem jüngsten Vorstoß noch mehr in dem Ruf stand, ein intriganter Querulant zu sein.

Noch wichtiger als die Isolation Gecks oder die Bewährung der badischen Reformpolitiker in der Konfrontation mit Bebel dürfte für die Konsolidierung der Landespartei aber wohl gewesen sein, dass die Landtagsfraktion 1902 gar nicht erst in Versuchung geriet, das heikle Experiment der Budgetbewilligung zu wiederholen. So verwies Eichhorn in einem Bericht über die Tätigkeit der Kammerfraktion, den er in der „Neuen Zeit“ veröffentlichen ließ, um der Gesamtpartei die diesmalige Prinzipientreue der badischen Genossen zu demonstrieren, auf die veränderte Situation im Karlsruher Ständehaus: Da die Zentrumsfraktion „die Gunst der Regierung unter allen Umständen zu erwerben“ trachtete, sei der SPD nur die Aufgabe geblieben, „entschieden abzurücken vom Zentrum und den Kampf mit gleicher Schärfe nach beiden Seiten hin zu führen“. Dabei sei „beim besten Willen ... „positive Arbeit“ in der Richtung unserer Forderungen schwer zu leisten“ gewesen. Die Bewilligung des Budgets sei unter diesen Voraussetzungen nicht in Frage gekommen und sei auch in der nächsten Zukunft nicht denkbar, solange politischer Fortschritt im Großherzogtum ausbleibe.

Der in Eichhorns Bericht vor allem im Blick auf die außerbadische Parteiöffentlichkeit hervorgerufene Eindruck eines Kurswechsels der Karlsruher Fraktion zurück zu kompromissloser Opposition verstärkte sich 1903 durch das Ausscheiden der beiden profiliertesten Reformpolitiker aus dem Landtag: August Dreesbach kandidierte am Jahresende 1903 in Mannheim nicht mehr und konzentrierte sich auf sein Reichstagsmandat, und Fendrich

schied – offenkundig krankheitshalber – ganz aus der Politik aus. Als dritter aus den Reihen der Parteiprominenz fehlte im Landtag 1903/04 Adolf Geck, der sein Pforzheimer Mandat nicht behaupten konnte, so dass das Gesicht der erneut sechs Abgeordnete umfassenden Fraktion durch mehrere Novizen geprägt wurde: Christian Horst, der Fendrich im Wahlbezirk Durlach nachfolgte, den beiden neuen Mannheimer Abgeordneten Gustav Lehmann und Albert Süßkind sowie Theodor Lutz, der seinen Sieg im Ämterwahlbezirk Karlsruhe über einen konservativen Mitbewerber unerbetener, aber nichtsdestotrotz willkommener antisemitischer Unterstützung verdankte. Der preußische Gesandte sah bei der Landtagseröffnung zunächst Ungemach drohen, da einige der Neulinge im Vergleich zu ihren „im ganzen maßvollen und persönlich manierlichen“ Vorgängern „von recht roter Färbung“ seien, meldete aber schon wenige Wochen später nach Berlin: „Wie man den anfangs sehr extremen und ungebärdigen Sozialdemokraten Eichhorn jetzt im Hause zu einem ganz verständigen Debatter erzogen hat, hofft man auch, die neu eingetretenen Genossen Süßkind und Lehmann allmählig etwas zu zähmen“.

Auch wenn in den Augen der politischen Gegner die Zusammensetzung der neuen sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Linkswendung markierte, waren die reformerisch-revisionistischen Kräfte in der Landespartei keineswegs vollständig zurückgedrängt worden. Insbesondere der einflussreichste badische Parteipublizist, Wilhelm Kolb, hatte sich durch Bebels Maßregelungsversuche der vergangenen Jahre nicht einschüchtern lassen und war im September 1903 auf dem Dresdner Parteitag, dem Höhepunkt des Abwehrkampfes der Wächter der reinen sozialistischen Lehre gegen ideologische und taktische Neuerungen, erneut mit einer aufsehenerregenden Verteidigungsrede aufgetreten, in der er nicht nur den Parteivorsitzenden scharf attackierte, sondern die Frage, „ob wir die Kautskysche Zusammenbruchstheorie oder die Entwicklungstheorie Bernsteins akzeptieren wollen“, als irrelevant für die praktische politische Arbeit erklärte. Kolbs mutiger, wenn auch wohl nicht sachgemäßer Versuch, die neuen theoretischen Anstöße als mit der Parteitradition ohne weiteres vereinbar zu erklären, beeinträchtigte seine Stellung in der badischen Landesorganisation nicht. Zwar gab es auf dem Landesparteitag im März 1904 erneut einige Unmutsbekundungen über die vermeintlich die Parteidoktrin schädigenden Tendenzen in der Redaktion des „Volksfreunds“, zu einer effektiven Einschränkung der Kompetenzen des verantwortlichen Redakteurs kam es jedoch nicht: Eine Resolution sprach lediglich die Erwartung aus, dass der „Volksfreund“ zukünftig „im Geiste der Dresdner Parteitagsbeschlüsse“ geführt werde.

Die Dresdner Beschlüsse berührten die Arbeit der badischen Landtagsfraktion nicht. In Anbetracht der Mandatsverteilung in der Zweiten Kammer hatte sie erneut nicht die Gelegenheit, positive Arbeit zu leisten, und sie blieb vor allem in den wichtigen Verhandlungen isoliert, die den Abschluss der Verfassungsreform vorbereiteten. Das Ergebnis, die Einführung des direkten Wahlverfahrens bei gleichzeitiger Erweiterung der Kompetenzen der auch personell verstärkten Ersten Kammer, war so enttäuschend, dass sich der Landesvorstand veranlasst sah, nach Landtagsschluss mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit zu treten und die Ablehnung der Verfassungsreform durch die Fraktion zu bekräftigen: Zwar beseitige das neue Wahlrecht „die Bevormundung der Wähler durch die Wahlmänner“ und bringe eine neue Wahlkreiseinteilung und die Integralerneuerung des Landtags; aber „für diese wenigen Fortschritte ward mit unerhörter Keckheit ein Preis gefordert, der in gleicher Weise beleidigend für die Wähler wie für die Gewählten“ sei.

Auch Eichhorn, der wiederum in der „Neuen Zeit“ eine Bilanz der Landtagsarbeit veröffentlichte, zeigte sich missgestimmt und meinte, es sei ein zu hoher Preis für die Wahlrechtsreform gezahlt worden. Trost bot Eichhorn nur die Perspektive einer Vergrößerung der sozialdemokratischen Fraktion im nächsten Landtag; er rechnete unter dem neuen Wahlverfahren mit Siegen in zehn bis zwölf Wahlkreisen. Noch wichtiger sei, dass die SPD „in zirka einem Viertel der übrigen Kreise den Ausschlag geben werde. Bei geschickter Ausnutzung dieser Position kann es nicht allzu schwer halten, einseitige Majoritätsbildungen durch die beiden großen Parteien zu verhindern und sie infolge des Ringens um die Oberhand voranzutreiben“. Eichhorn ließ dabei offen, welche der großen Parteien sich wohl von der Sozialdemokratie leichter vorantreiben lassen werde, und stellte beide in ein sehr schlechtes Licht: Die Nationalliberale Partei werde „beherrscht von altersschwachen, senilen Schwätzern, die sich vor ihrer eigenen Vergangenheit fürchten. Nur noch ein Gedanke beherrscht sie: den Rückhalt an der Regierung, den sie bis dato immer gehabt, nicht verlieren“. Unbegründet sei diese Furcht nicht, da das Zentrum, „innerlich durchaus reaktionär und der natürliche Feind jeden Fortschritts“, sein Ziel nicht aus dem Auge verloren habe: „herrschende Partei, wie in Bayern, zu werden“.

Ein Jahr später entschieden sich die badischen Sozialdemokraten bei den Stichwahlen für eine Kooperation mit den altersschwachen, senilen Schwätzern der Nationalliberalen Partei. War dies vor dem Hintergrund der bisherigen landespolitischen Strategie der badischen Sozialdemokraten eine folgerichtige Entscheidung? Diese Frage lässt weder eindeutig bejahen noch klar verneinen: Zunächst einmal war der Schwenk der SPD zu den Nationalliberalen, die

bis dahin ihr Hauptgegner gewesen waren, nicht so überraschend, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Das Hauptziel der Sozialdemokraten seit ihrem Eintritt in den Landtag war die Demokratisierung des Landtagswahlrechts gewesen, von der sie sich eine wesentliche Stärkung des eigenen parlamentarischen Einflusses versprochen. Da die nationalliberale Mehrheitsfraktion in der Zweiten Kammer sich bis 1903 der Abschaffung des indirekten Wahlverfahrens widersetzte, war es konsequent, sie bei den Wahlen zu bekämpfen und in den Wahlkreisen, in denen man selbst chancenlos war, ihre Gegner zu unterstützen, sofern es sich um Befürworter der Wahlrechtsreform handelte. Mit dem Vollzug der Verfassungsreform 1904 änderte sich die Situation für die Sozialdemokraten grundlegend: Die Nationalliberalen wurden nun nicht mehr als der Hauptgegner betrachtet, sondern als einer von mehreren politischen Kontrahenten, bei dem es – wie bei jedem anderen – zu prüfen galt, wie groß die gemeinsame Schnittmenge politischer Ziele war; und da diese Schnittmenge nach Beendigung der Wahlrechtskontroversen größer war als mit dem Zentrum, kamen die Nationalliberalen nun auch als Kooperationspartner bei den Wahlen in Betracht.

Ungewöhnlich war allerdings die Form der Kooperation. Zwar hatten die Sozialdemokraten 1897 schon einmal ein formelles Wahlbündnis praktiziert; aber dies war in dem kleinen Rahmen der drei Karlsruher Wahlbezirke geschehen und zudem noch mit den Demokraten, die der SPD programmatisch wesentlich näher standen als die Nationalliberalen. Auch waren die Erfahrungen, die man dabei gesammelt hatte, so zwiespältig gewesen, dass selbst die Protagonisten des rechten Parteiflügels seinerzeit vor der Wiederholung eines solchen Experiments gewarnt hatten. Dass man sich 1905 nicht damit begnügte, die Demokraten und die Nationalliberalen bei den Stichwahlen in den für die eigenen Ziele uninteressanten Wahlkreisen stillschweigend zu unterstützen, wie es der bisherigen Wahlpraxis entsprochen hätte, sondern stattdessen detaillierte Absprachen traf, wer wem wo gegen das Zentrum helfen sollte, ist wohl nur durch die besondere Situation nach dem ersten Wahlgang zu erklären, die auch auf sozialdemokratischer Seite als ein starkes Bedrohungsszenario wahrgenommen wurde: Bei einer Mehrheit von Zentrum und Konservativen in der Zweiten Kammer hätten sich die Sozialdemokraten in die Totalopposition zurückziehen müssen, während ihnen die unklaren Mehrheitsverhältnisse, wie sie schließlich nach den Stichwahlen entstanden, beträchtliche Handlungsspielräume eröffneten.

Beim Blick auf Kontinuitäten und Brüche im Verhalten der badischen Sozialdemokraten erscheint es auch als ungewöhnlich, dass die Durchführung des Stichwahlbündnisses 1905 reibungslos verlief. Die Spannungen zwischen dem linken und dem rechten Parteiflügel, die

die landespolitische Tätigkeit der SPD seit ihren Anfängen geprägt hatten, verdichteten sich in Zusammenhang mit dem Abschluss des Großblocks nicht zu einer akuten Krise, obwohl das auf Seiten der SPD von den Reformisten Kolb und Dreesbach eingefädelt Projekt den Parteilinken durchaus Ansatzpunkte zu grundsätzlicher Kritik geboten hätte – offenkundig dämpfte die Aussicht auf weitere Mandatsgewinne ihre ideologischen Vorbehalte und ihre Neigung, persönliche Rechnungen mit den innerparteilichen Kontrahenten zu begleichen. Weniger erstaunlich mutet schließlich an, dass die badischen Sozialdemokraten sich anscheinend keine Gedanken darüber machten, was denn ihre Parteigenossen im Reich von dem Großblock halten würden. Zwar waren sie seit der Mitte der 1890er Jahre regelmäßig auf den Parteitagen der Gesamtpartei gerügt worden und mehrfach hatte sich Bebel persönlich nach Baden bemüht, um sie auf die politische Generallinie der SPD einzuschwören; da den Rügen aber niemals echte Sanktionen gefolgt waren, war das Selbstbewusstsein der badischen Reformisten so intakt, dass sie auch in der außergewöhnlichen Situation des Jahres 1905 ohne Rückendeckung der Zentrale handelten.

## DISKUSSION

*Eine Diskussion hat nicht stattgefunden.*